

V10 Für echte Sicherheit in Sachsen: Verfassungsschutz abschaffen, Polizei entmachten

Gremium: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Sachsen
Beschlussdatum: 03.03.2023
Tagesordnungspunkt: 10. Weitere Anträge (V-Anträge)

Antragstext

1 Noch nie war leben in Deutschland so sicher, wie es heute ist; und dennoch
2 werden unsere Polizeidienste mit immer weitgehenden Befugnissen und
3 finanziellen Mitteln ausgestattet. Der Trend der immer weiter steigenden
4 Ausgaben für Polizei und Verfassungsschutz setzt sich auch im sächsischen
5 Doppelhaushalt 23/24 fort. Ebenfalls steigt der Militarisierungsgrad der
6 sächsischen Polizei. Seit der letzten Novellierung des Polizeirechts 2019 ist
7 der Polizei unter anderem der Einsatz von Handgranaten und Maschinengewehren
8 erlaubt. Wir stellen uns gegen eine fortschreitende Militarisierung der Polizei.
9 Stattdessen muss in der polizeilichen Ausbildung deeskalativen Maßnahmen Vorrang
10 eingeräumt werden. Wir wollen Polizeiarbeit, die Grundrechte achtet und schützt,
11 statt diese auszuhöhlen.

12 Zudem ist die sächsische Polizei immer wieder wegen rechter und extrem rechter
13 Umtriebe in den eigenen Reihen in den Schlagzeilen. Ob Hakenkreuz-Fotos in
14 Chatgruppen, Teilnahme an unerlaubten verschwörungsideologischen
15 Demonstrationen, rassistischen Beleidigungen durch Polizeischüler*innen oder
16 Strafverfahren wegen Volksverhetzung – die Vorfälle sind mehr als ein Image-
17 Problem und es sind auch nicht nur Einzelfälle. Bürger*innen fehlt das Vertrauen
18 darin, zuverlässig von der Polizei geschützt zu werden. Regelmäßig schützt die
19 Polizei mit ihrem Verhalten beispielsweise Demonstrationen aus dem rechten und
20 verschwörungsideologischen Spektrum und macht antifaschistischen Gegenprotesten
21 das Leben schwer, sei es durch Routenänderungen, strengere Versammlungsauflagen
22 bis hin zur Kesselung. Die angekündigte Polizeikennzeichnung ist hier ein erster
23 Schritt hin zu mehr Transparenz.

24 Das Landesamt für Verfassungsschutz hat weitreichende Befugnisse zur Überwachung
25 der Bürger*innen, die es überwiegend unkontrolliert ausübt und so massenweise
26 Daten über Menschen zusammenträgt. Auch solcher, die sich für Demokratie und
27 Menschenrechte einsetzen. Nicht mal ein Minister und stellvertretender
28 Ministerpräsident ist davor gefeit. Immer wieder zeigt sich auch, dass die für
29 den Rechtsextremismus zuständigen Abteilungen offensichtlich Arbeitsverweigerung
30 betreiben. Im schlimmsten Fall finanziert das LfV sogar rechtsextreme Netzwerke
31 durch den Einsatz von V-Männern, wobei der Informationsgewinn marginal
32 erscheint. Oftmals sind antifaschistische Recherchenetzwerke bezüglich
33 rechtsextremer Aktivitäten besser informiert als der Verfassungsschutz. Dank des
34 fehlenden Reformwillens wurden viele strukturelle Probleme des LfV nicht
35 angegangen oder verschleppt und konnten sich über Jahre verfestigen. Der
36 Verfassungsschutz gehört in seiner jetzigen Form abgeschafft und durch eine dem
37 Parlament gegenüber rechenschaftspflichtige Behörde ersetzt.

38 Neben den strukturellen Problemen in der Polizei und im Verfassungsschutz werden
39 in Zeiten der Krisen die Löcher in sozialen Sicherheitsnetzen immer sichtbarer.
40 Doch sie sind nicht neu: Ein jahrzehntelanges Schleifenlassen von sozialen
41 Belangen hat dafür gesorgt, dass die Armen immer ärmer werden. Sachsen ist hier

42 als Niedriglohnsektor Deutschlands besonders betroffen. Es folgen
43 Perspektivlosigkeit und Frust.

44 Beispielhaft hierfür stehen junge Menschen, die sich in Innenstädten aufhalten,
45 da es für sie keine sonstigen Freiräume und Möglichkeiten gibt, weil das
46 Jugendzentrum nicht weiter finanziert werden konnte. Hier kommt dann häufig die
47 Polizei ins Spiel. Deren Aufgabe ist es jedoch nicht, eine verfehlte
48 Sozialpolitik zu korrigieren, um die vermeintliche öffentliche Sicherheit und
49 Ordnung vor den Jugendlichen zu bewahren – sie können nur Symptomen auf ihre
50 Weise begegnen. Wir Bündnisgrüne Sachsen fordern daher eine Sozialpolitik, die
51 für einen gesellschaftlichen Ausgleich sorgt und niemanden allein lässt.

52 Was wir brauchen, ist gute Präventionsarbeit und die sollte von Menschen getan
53 werden, die sich tatsächlich auskennen und nicht von Sicherheitsbehörden. Sie
54 muss insbesondere gefährdeten Jugendlichen mit geringen Bildungschancen sozialen
55 Halt und eine Alternative zu Kriminalität und rechtsextremen Gruppierungen
56 bieten. Den Jugendlichen müssen Perspektiven aufgezeigt werden und
57 extremistische Bestrebungen bei Jugendlichen sollten erkannt und bekämpft
58 werden, bevor sie sich entfalten können. Es ist viel schwieriger Leute aus
59 Kriminalität und Extremismus wieder raus zu bekommen als sie dort gar nicht erst
60 rein rutschen zu lassen.

61 Problemfälle müssen behoben werden, bevor ein polizeilicher Eingriff von Nöten
62 ist, deswegen muss die Finanzierung von solchen Projekten langfristig
63 gewährleistet sein.

64 Für uns als Bündnis 90/Die Grünen Sachsen ist klar, dass es für die Sicherheit
65 in Sachsen endlich tiefgreifende Veränderungen braucht. Wir fordern daher:

- 66 • Das Landesamt für Verfassungsschutz in der jetzigen Form abzuschaffen.
67 Stattdessen setzen wir uns für eine Behörde ein, die dem sächsischen
68 Landtag umfassend rechenschaftspflichtig ist und durch diesen kontrolliert
69 wird.
- 70 • Die Polizei des Freistaates Sachsen zu entmilitarisieren und verkleinern.
- 71 • Die freiwerdenden finanziellen Mittel für soziale Absicherung zu verwenden
72 sowie die Umsetzung einer Sozialpolitik, die für eine echte Angleichung
73 der Lebensverhältnisse sorgt.
- 74 • Früh ansetzende und umfassende politische Bildung, um Radikalisierung und
75 antidemokratischen Strömungen entgegenzutreten sowie eine verstärkte
76 Förderung der Jugend- und Präventionsarbeit
- 77 • In der polizeilichen Ausbildung einen größeren Schwerpunkt auf
78 Demokratiebildung sowie deeskalative polizeiliche Strategien zu legen. Bei
79 Anzeichen von antidemokratischen und menschenfeindlichen Haltungen müssen
80 Polizeianwärter*innen sowie Polizeibedienstete aus dem Polizeidienst
81 entlassen werden.

Begründung

erfolgt mündlich